



„Job-Gipfel“

Ohne die Union geht nichts

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel hat den Jobgipfel bei Kanzler Schröder als „konstruktiv“ bezeichnet.

Auch wenn es in einer Reihe von Punkten weiter Dissens gebe, zeigten einige Ansätze, „dass es möglich ist, etwas gemeinsam zu lösen“, sagte Angela Merkel nach dem Gespräch im Kanzler-

amt. Der Druck, den die Union auf die Regierung ausgeübt habe, habe sich „teilweise“ gelohnt. Es sei jedoch „bedauerlich“, dass bei der Flexibilisierung des Arbeitsrechts und der Senkung der Lohnzusatzkosten die „Fort-schritte relativ gering“ seien.

Zu dem Treffen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister ▶

INHALT

Volker Kauder:
Deutschland braucht
strukturelle Reformen

Seite 3

Schleswig-Holstein:
Peinlicher Absturz in
fünf Akten

Seite 4

HEUTE AKTUELL

■ NRW: „Gemeinsam kämpfen, gemeinsam gewinnen für NRW“ (S. 6) ■ Niedersachsen: Wahlen zum Fraktionsvorstand (S. 6) ■ Diskussion um Änderungen und Auswirkungen des Zuwanderungsgesetzes (S. 7) ■ Mono oder Multi – wie funktional kann Landwirtschaft 2007 noch sein? (S. 8) ■ Visa-Ausschuss: Bundesregierung soll Akten freigeben (S. 9) ■ K. Rieger: Rot-Grün will Mitgliedsbeiträge von Sportvereinen besteuern (S. 11) ■ H. Koschyk/T. Strobel: Verbrechenbekämpfung und Kampf gegen Organisierte Kriminalität müssen verstärkt werden (S. 11 bis 12) ■ K. Brähmig/ E. Burgbacher: Die Mehrheit bröckelt weiter (S. 12) ■ A. Storm/A. Widmann-Mauz: Kassenbeiträge bleiben hoch (S. 12 bis 13) ■ P. Paziorek: Rot-grüne Energiepolitik schadet dem Wirtschaftsstandort (S. 13 bis 14) ■ D. Austermann/S. Kampeter: Eichel auch beim Schuldenmanagement hilflos (S. 14)

► Joschka Fischer hatten die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber einen 32-Punkte-Katalog vorgelegt. In dem Papier mit dem Titel „Eine nationale Kraftanstrengung – Pakt für Deutschland“ (Siehe Dokumentation im Innenteil) haben CDU und CSU einen „Pakt für Deutschland“ angeboten, mit dem strukturelle Reformen zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen in Angriff genommen werden sollen.

Chancen auf eine Mehrheit haben nach Ansicht der Oppositionsführerin die verbesserten Hinzuverdienstmöglichkeiten im Rahmen von „Hartz IV“. Über Einzelheiten sollen sich der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Karl-Josef Laumann, und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement abstimmen. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sei auch die geplante Beschränkung des Vorbeschäftigungsverbots bei befristeten Arbeitsverhältnissen auf zwei Jahre. Als „Hoffnungsschimmer“ wertete Merkel

ferner, dass Kleinbetriebe mit bis zu 20 Mitarbeitern weitgehend von Bürokratie entlastet werden sollen. Außerdem habe die Bundesregierung zugesagt zu prüfen, ob nicht die EU-Arbeitszeitrichtlinie eins zu eins umgesetzt werden könne.

„Für eine nationale Kraftanstrengung – Pakt für Deutschland.“
Forderungskatalog von CDU und CSU für den Job-Gipfel siehe Dokumentation im Innenteil

Ausdrücklich begrüßte die Partei- und Fraktionsvorsitzende, dass die Koalition einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der sich mit Planungsvereinfachung befasse. Allerdings zeigten die von der Koalition angekündigten Änderungen beim Antidiskriminierungsgesetz, dass an eine Eins-zu-Eins-Umsetzung der EU-Richtlinie nicht gedacht sei. Der Reform des GmbH-Gesetzes wolle die Union zustimmen, erklärte die Vorsitzende. Zudem werde die Union von der rot-grünen

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-111-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Bundesregierung eine Liste mit 300 Gesetzen erhalten, die im ersten Anlauf für einen Bürokratieabbau gestrichen werden könnten. Möglichkeiten für eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung solle eine Arbeitsgruppe, bestehend aus dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ronald Pofalla sowie Vertretern der Bundesagentur für Arbeit und Wirtschaftsminister Clement, prüfen.

Für die Föderalismusreform, die zum Jahreswechsel zunächst gescheitert war, werden Edmund Stoiber, einer der beiden Vorsitzenden der Föderalismuskom-

mission, und der Ko-Vorsitzenden, SPD-Fraktionschef Franz Müntefering, zu einem Gespräch zusammen kommen.

Zu der von Schröder vorgeschlagenen Senkung des Körperschaftsteuersatzes, den geplanten Änderungen bei der Erbschaftsteuer und der neuen Gewerbesteueranrechnung äußerte sich Merkel grundsätzlich positiv. Allerdings dürfe dadurch keine Netto-Neuverschuldung entstehen. Nach der Sondersitzung der Unionsfraktion am darauf folgenden Freitagmorgen betonte die Partei- und Fraktionsvorsitzende, dass die Bundes-

regierung ihre Vorschläge zur Gegenfinanzierung der steuerlichen Maßnahmen zunächst in schriftlicher Form vorlegen müsse. Konkret habe der Bundesfinanzminister die Aufgabe, die „Vorstellungen der Bundesregierung in eine überschaubare Form“ zu bringen. Anschließend würden die Vorschläge von einem Finanzminister der unionsregierten Bundesländer überprüft. Die Oppositionsführerin bekräftigte, dass Rot-Grün sagen müsse, wie die Reformen gegenfinanziert werden sollen. Klar sei, dass keine neuen Schulden gemacht werden könnten.

DEUTSCHLAND BRAUCHT STRUKTURELLE REFORMEN

CDU-Generalsekretär Volker Kauder beurteilte die Regierungserklärung, die Bundeskanzler Schröder einige Stunden vor dem „Job-Gipfel“ im Bundestag abgegeben hatte, als „enttäuschend“. Volker Kauder forderte eine der bedrückenden Lage auf dem Arbeitsmarkt angemessene Reaktion seitens der Bundesregierung. Die vom Bundeskanzler skizzierten Vorschläge, um aus der Krise herauszukommen, seien der Herausforderung nicht gerecht geworden. „Wir sind

zwar ein Land der Ideen, haben aber eine ideenlose Regierung. In der Debatte ist deutlich geworden, dass die rot-grüne Bundesregierung weder die Kraft noch die Fähigkeiten hat, das Land in eine bessere Zukunft zu führen,“ sagte der Generalsekretär. Deutschland brauche strukturelle Reformen – Reformen, die alle wesentlichen Politikbereiche erreichten



und zuzumeneinschlüssiges Konzept formten, das sich auf ein zentrales und jedermann erkennbares Ziel ausrichte: die Sicherung und

Schaffung von Arbeitsplätzen, betonte Volker Kauder. In diesem Zusammenhang verwies der Generalsekretär auf den 32-Punkte-Katalog, mit dem CDU und CSU in den „Job-Gipfel“ gegangen sind.

Peinlicher Absturz in fünf Akten

Ein wahrer Krimi ereignete sich bei der konstituierenden Sitzung des Kieler Landtags.

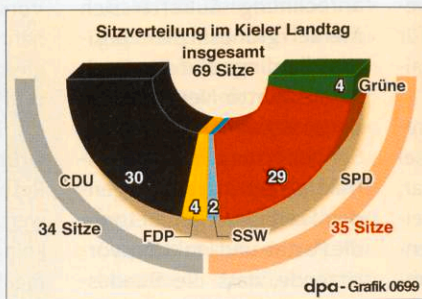
Nach einem rund dreistündigen Marathon von Wahlgängen, Sitzungsunterbrechungen und Sondersitzungen der Landtagsfraktionen und des Ältestenrats brachten insgesamt vier Wahlgänge keine Entscheidung über das Amt des künftigen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten.

Bei der Wahl in Kiel verfehlte Amtsinhaberin Heide Simonis in drei Wahlgängen die erforderliche Mehrheit. Im dritten Wahlgang, bei dem eine einfache Stimmenmehrheit im Landtag ausgereicht hätte, kam es zum politischen Patt. Auf Simonis wie auch auf ihren Gegenkandidaten, CDU-Landeschef Peter Harry Carstensen, entfielen jeweils 34 Stimmen bei einer Enthaltung. Damit war kein Kandidat gewählt.

Der Ältestenrat zog sich daraufhin zu Beratungen zurück und entschloss sich dazu, einen vierten Wahlgang anzusetzen. Doch auch bei diesem Versuch konnte keiner der beiden Kandidaten

eine Mehrheit für sich beanspruchen.

Nach der gescheiterten Ministerpräsidentenwahl in Schleswig-Holstein hat CDU-Landeschef Peter Harry Carstensen sein Angebot zur Bildung einer großen Koalition



erneuert. „Wir haben die Tür für Gespräche mit der SPD auch während der Wahlgänge offen gehalten – man hat darauf nicht reagiert“, sagte Carstensen. Nach dem vierfachen Scheitern von Simonis in der konstituierenden Sitzung „haben wir jetzt eine bessere Verhandlungsposition“. Es gehe nicht um Ministerpräsidentin Heide Simonis oder ihn selbst, sondern um die Zukunft des Landes, sagte Carstensen. Neuwahlen lehnte Carstensen ab, denn die Politik habe das Ergebnis der Landtagswahlen zu respektieren. Ebenso wolle er auch mit anderen Parteien reden. Gespräche mit den Grünen

lehnte er allerdings kategorisch ab.

Der fünfte und vorerst letzte Akt folgte am Tag nach der Wahl: Zermürbt von der beispiellosen Niederlagenserie am Vortag warf Heide Simonis das Handtuch. „Ich werde für ein Amt der Ministerpräsidentin nicht mehr zur Verfügung stehen“, sagte Simonis vor der schleswig-holsteinischen SPD-Fraktion. CDU-Generalsekretär Volker Kauder sprach sich für eine große Koalition in Schleswig-Holsteinaus.

„Der Rücktritt von Heide Simonis war nach der peinlichen Demontage überfällig“, erklärte er. „Jetzt ist der Weg frei dafür, dass Schleswig-Holstein nach dem entwürdigenden rot-grün-dänischen Gezerre eine stabile Regierung bekommt.“ Die beste Lösung sei, dass Peter Harry Carstensen und die CDU mit der SPD eine große Koalition bildeten, hob Kauder hervor.

Carstensen, der Simonis seinen Respekt für diesen Schritt bekundete, erneuerte sein Angebot zur Bildung einer großen Koalition.

Vorerst bleibt das bisherige Kabinett geschäftsführend im Amt.

Schleswig-Holstein

„Demontiert, blamiert, blanchiert“

Süddeutsche Zeitung (18. März 2005) über Heide Simonis

Das sagt die Presse über die gescheiterte Ministerpräsidentenwahl in Kiel:

„Debakel für die SPD in Kiel“ *Handelsblatt*

„Absturz in vier Akten“ *Handelsblatt*

„Kläglicher, bitterer, jammervoller hätte das Finale der respektablen politischen Laufbahn der bisherigen Ministerpräsidentin nicht aussehen können. [...] Sie selbst und das von ihr angepeilte Bündnis ist demontiert, blamiert und blanchiert.“ *Süddeutsche Zeitung*

„Sie klebte wie Pattex an ihrem Amt!“ *Bild*

„Viermal anzutreten und viermal durchzufallen, ist eine kaum mehr verständliche Selbstdemütigung. [...] Wer nicht spürt, wann er die Macht nicht mehr hat [...], dem wird es eben gezeigt. [...] Die Niederlage von Simonis scheint ein Zeichen für den Anfang vom Ende.“ *Berliner Zeitung*

„Jämmerlicher als Heide Simonis kann man seine politische Karriere nicht beenden.“ *Bild*

„Sie bestand zuletzt geradezu darauf, „vom Stuhl gekratzt“ zu werden.“ *FAZ*

„Vor aller Augen, quälend langsam, versank in Kiel die „rot-grüne Titanic“. [...] Rot-Grün (war) seit der Regierungsübernahme im Bund im Jahr 1998 noch nie so angeschlagen wie jetzt.“ *Hannoversche Allgemeine Zeitung*

„Selten ist in der Politik jemand so gedemütigt worden wie Heide Simonis.“ *Spiegel-Online*

„Rot-Grün weint und wankt!“ *BZ*

Besser für die Menschen.

CDU

Nordrhein-Westfalen

„Gemeinsam kämpfen, gemeinsam gewinnen für NRW“

Das ist das Motto des NRWin-Teams. Das Freiwilligen-Team aus Jung und Alt, aus Senioren und Jugendlichen, engagiert sich für den politischen Neuanfang und für eine bessere Zukunft in Nordrhein-Westfalen.

Auf dem Landesparteitag in Bochum trafen die NRWin-Team-Mitglieder auf einen begeisterten CDU-Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers. Rüttgers: „Ich finde es toll, wie sich die Leute für eine bessere Zukunft in unserem schönen Land einsetzen.“

Die NRWin-Team-Mitglieder kommen aus allen



128 Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen. Mitglied werden kann jeder – eine Mitgliedschaft in der CDU

ist nicht erforderlich. Zurzeit zählt das NRWin-Team bereits mehr als 3.700 Mitglieder.

NIEDERSACHSEN

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat David McAllister als Vorsitzenden im Amt bestätigt. Bei den turnusgemäßen Wahlen zum Fraktionsvorstand erhielt der Rechtsanwalt aus Bad Bederkesa (Landkreis Cuxhaven) 93 Prozent der Stimmen.

Der wiedergewählte CDU-Fraktionsvorsitzende bedankte sich bei den Abgeordneten für den sehr guten

Vertrauensbeweis und wertete das Wahlergebnis als „Anerkennung für die gründliche, sachliche und geschlossene Arbeit der ganzen Fraktion in den letzten zwei Jahren“. Ehrlichkeit und Verlässlichkeit seien in Niedersachsen unter der CDU/FDP-Landesregierung wieder das Leitmotiv der Landespolitik.

Weiter wurden gewählt: als Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Friedhelm Biestmann
Hermann Dinkla
Karl-Heinz Klare
Heidmarie Mundlos
Heinz Rolfes
als Parlamentarischer Geschäftsführer:

Bernd Althusmann
als Schatzmeister:

Wilhelm Heidemann
Weitere Informationen unter:

<http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/index2.html>

Diskussion um Änderungen und Auswirkungen des Zuwanderungsgesetzes

Den geordneten Zugang von deutschen Aussiedlern aus Osteuropa auf die gleiche Ebene ziehen zu wollen wie den durch Versagen von Außenminister Fischer verschuldeten Visa-Skandal und in der Folge Millionen Schwarzarbeitern ist ein ungeheurer Ablenkungsversuch von Rot-Grün. Dies dürfe man Frau Roth, Vorsitzende der Grünen, und anderen nicht durchgehen lassen, stellte Jochen-Konrad Fromme nach einer Konferenz der Aussiedlerbeauftragten der CDU-Landes- und Kreisverbände fest.

Der Vorsitzende der Aussiedlerbeauftragten Fromme forderte ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zu den Aussiedlern. Dazu gehöre auch, sich mit den Folgen des neuen Zuwanderungsgesetzes zu befassen. Unter den Aussiedlern gebe es noch großen Aufklärungsbedarf bezüglich der Änderungen durch das Zuwanderungsgesetz. Die Union versuche, durch breite Aufklärung vor Ort Abhilfe zu schaffen.

Als Problem zeichne sich die neue Praxis des Nachzugs von ausländischen Fa-



Jochen-Konrad Fromme

milienangehörigen der Spätaussiedler ab. Bisher habe es einen Beschluss der Innenminister der Länder gegeben, der die gemeinsame Einreise der Familie gestattete. Diese Regelung sei nach dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes in die Diskussion geraten. Ohne eine solche Regelung würde es zu unbilligen Härten und unnötigen Trennungen von Familien kommen, da Spätaussiedler zunächst alleine nach Deutschland einreisen müssten und ihre Familien erst wesentlich später nachholen könnten. Auf der nächsten Innenministerkonferenz am 23./24. Juni 2005 müsse hierzu eine Regelung gefunden werden, die unnötige Härten vermeide. Fromme betonte,



WEBMASTER

Derzeit wird der **Bannerservice** noch in einer Pixel-Breite von 144 Pixeln angeboten. Der CDU-Onlineservice wird dies – nach der NRW-Wahl – ändern und Banner mit einer Breite von 184 Pixeln anbieten. Die neue Breite entspricht dem aktuellen CI der CDU und den Bannern auf www.cdu.de. Alle Webmaster, deren Auftritt sich am aktuellen Layout und den Musterseiten der CDU (siehe www.ci.cdu.de) orientiert, müssen keinerlei Anpassungen vornehmen. Webmaster älterer Auftritte sollten sicherstellen, dass für das Banner mindestens 200 Pixel in der Breite zur Verfügung stehen.

dass CDU und CSU in den deutschen Aussiedlern unverändert eine Bereicherung sehen. Gleichzeitig müssten viele Aussiedler die bestehenden Angebote zur Integration noch intensiver nutzen, vor allem auf eine gute Ausbildung ihrer Kinder achten.

Mono oder Multi – wie funktional kann Landwirtschaft 2007 noch sein?

Die Landwirtschaft muss sich in einem von niedrigen Lebensmittelpreisen geprägten Markt behaupten.

Dieser Anpassungsdruck wird durch die Agrarreform weiter verstärkt. Eine Folge ist die weitere Konzentration der Landwirtschaft und damit verbunden eine zunehmende Fokussierung auf besonders ertragreiche Flächen in Gunstlagen. Die Bewirtschaftung der ökologisch besonders wertvollen Wiesen, Weiden und artenreichen Ackerflächen vor allem in den deutschen Mittelgebirgen ist für viele Betriebe nicht mehr rentabel. Oft bleiben wirtschaftlich denkenden Landwirten daher nur die Alternative zwischen Bewirtschaftungsintensivierung und Nutzungsaufgabe, was zu einem Verlust von Arten, Biotopen und landschaftlicher Vielfalt führen würde. Die negativen Auswirkungen auf den heimischen Tourismus sind noch nicht abzusehen.

Zur Erhaltung des Kulturlandschaftsbildes und ökologisch wertvoller Flächen haben sich die Agrarumweltprogramme und der Vertragsnaturschutz bewährt, bei denen die Landwirte für die Dienstleistung die Kultur-



Peter Bleser MdB, Vorsitzender des BFA Agrarpolitik und Verbraucherschutz

landschaft zu erhalten und Biotope zu pflegen, eine von der Gesellschaft anerkannte Entlohnung aus der zweiten Säule der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik erhalten.

Genau diese Gelder stehen bei den Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau der Europäischen Union zurzeit im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Die Bundesregierung hat es bisher offen gelassen, wie sie die Forderung nach Senkung des eigenen Mitgliedsbeitrages an die EU mit ihren Ansprüchen an die Multifunktionalität der Landwirtschaft und die Planungen für die Entwicklung der ländlichen Räume in Einklang bringen will. Die Landwirte werden mit der Einführung der obli-

gatorischen Modulation ab 2005 einen erheblichen Beitrag für die höhere gesellschaftliche Akzeptanz der Agrarpolitik leisten. Weitere Kürzungen der Direktzahlungen sind aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht vertretbar.

Um multifunktionale Landwirtschaft nicht als leere Worthülse verkommen zu lassen, ist jetzt ein klares Bekenntnis zu den Zielen der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik wichtiger denn je. Bei einer Stabilisierung der Gesamtausgaben der EU in Nähe von 1% des Bruttoinlandsprodukt der EU drohen weite Teile der Agrarumweltmaßnahmen, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, die einzelbetriebliche Förderung und die Marktstrukturverbesserung auf der Strecke zu bleiben. Der Bundesfachausschuss Agrarpolitik fordert deshalb die bereits bestehende obligatorische Kofinanzierung für die 2. Säule so zu erhöhen, dass die bisherigen Maßnahmen fortgeführt werden können. Die Ziele der europäischen Landwirtschaftspolitik dürfen nicht vorschnell über Bord geworfen werden.

Visa-Ausschuss

Bundesregierung soll Akten freigeben!

Die CDU/CSU-Fraktion drängt im Visa-Untersuchungsausschuss auf eine rasche Vernehmung von Außenminister Fischer.

Schon jetzt gebe es zahlreiche Fragen an den Minister, sagte der Obmann der Union, Eckart von Klaeden, auf einer Pressekonferenz.

Beispielhaft nannte Klaeden den Besuch Fischers in der Kiewer Botschaft im Jahr 2000. Je später die Vernehmung des Außenministers stattfinde, desto höher lägen die Maßstäbe an seine Aussage. Erinnerungslücken seien dann umso unglaubwürdiger, da ihm mehr Zeit für das Aktenstudium zur Verfügung stünde. Nach dem Abschluss der Ausschussarbeit könne Fischer dann erneut befragt werden, meinte der Obmann.

Die Fischer-Visa-Affäre sei mittlerweile zu einer ernsthaften Belastung für die Regierungskoalition geworden, stellte von Klaeden, der auch parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion ist, fest. Mehrere „eilig aufgetürmte Verteidigungslinien“ hätten Fischer und die Regierung mittlerweile wieder räumen müssen.

In einem Strafverfahren gegen einen kriminellen Schleuser vor dem Landgericht Köln habe das auswärtige Amt nach dem Text des Urteils die Ermittlungen verzögert, so dass man den Eindruck gewinnen könne,

das Amt habe sich so benommen als säße die Behörde selbst „auf der Anklagebank“. Aufgabe des Ministeriums sei es aber gewesen, zur Aufklärung beizutragen. Im Ausschuss müsse dies jetzt untersucht werden.

Klaeden beklagte eine erhebliche Behinderung der Ausschussarbeit durch die Regierung. Alle Akten seien mindestens als „Verschluss-sache“ klassifiziert. Das widerspreche dem Grundsatz, dass die Sitzungen des Ausschusses öffentlich seien. Auch längst in der Öffentlichkeit kursierenden Dokumente könnten erst nach zähen Diskussionen mit der Koalition in die öffentliche Ausschussarbeit eingeführt



Eckart von Klaeden

werden, erläuterte Klaeden. Die Union will zudem die „europäische Dimension“ des Skandals aufklären. Der Ausschuss solle die Kritik anderer europäischer Schengen-Staaten und die Reaktionen der deutschen Regierung unter die Lupe nehmen, kündigte der Obmann an.

„Rot-grüne Visa-Politik als Sicherheitsrisiko“ unter <http://www.cducusu.de/upload/visaklaeden050214.pdf>

Weitere umfangreiche Informationen zur Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie auf www.cducusu.de



Veranstaltung

Union setzt auf Freiheit und Verantwortung

In der Diskussion um das rot-grüne Antidiskriminierungsgesetz offenbarten sich grundsätzliche Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien.

Dieser Umstand wurde auf einer Diskussionsveranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion deutlich. „Habe ich Vertrauen in den einzelnen Menschen oder misstraue ich ihm, muss ihn verfolgen, wo immer ich kann mit Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien“, brachte die Vorsitzende von Bundestagsfraktion und Partei, Angela Merkel, die grundsätzlich unterschiedlichen Auffassungen auf den Punkt. Durch rechtliche Regelungen könne man moralisches Verhalten nicht erzwingen, unterstrich Angela Merkel zum Auftakt einer zweistündigen Diskussionsveranstaltung, zu der Vertreter von Verbänden und Sachverständige eingeladen waren.

Die Erfahrungen mit bisherigen Regelungen zur Beseitigung von Benachteiligungen zeigten, dass diese nicht immer zu weniger Diskriminierung führten. Vielfach würden Strafgeder ge-



Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse: Etwa 400 Besucher folgten der Einladung.

zahlt, um sich von Verpflichtungen freizukaufen. Ebenso lehnte Merkel die geplante neue Behörde als bürokratisches Monster ab.

Die Umsetzung der europäischen Richtlinien in der deutschen Gesetzgebung müsse sich am Ziel orientieren. Denn die Zielstellung werde von niemandem in Frage gestellt, aber die Art und Weise der Realisierung sei kritikwürdig. Schon jetzt gebe es die grundgesetzlich verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums, das Verbot von sittenwidrigen Rechtsgeschäften und zahlreiche zivilrechtliche Sonderbestimmungen zur Be-

seitigung von Diskriminierungen.



WEB-TIPP

Für Ihre Arbeit vor Ort hat die Bundestagsfraktion erstellt:

- „Kritikpunkte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Gesetzentwurf des Antidiskriminierungsgesetzes (ADG)“! Stand: 16. März 2005.

Weitere umfangreiche Informationen zur Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie auf www.cducusu.de

Rot-Grün will Mitgliedsbeiträge von Sportvereinen besteuern

Die Kreativität von Rot-Grün kennt keine Grenzen, wenn es darum geht, neue Steuerquellen zu erschließen.

Finanzminister Eichel, der kurz vor seiner Abwahl als hessischer Ministerpräsident in einem nicht zu überbietenden Opportunismus steuerliche Erleichterungen für Ver-einige forderte, will nun prüfen, ob die Mitgliedsbeiträge gemeinnütziger Vereine besteuert werden sollen. Von steuerlichen Erleichterungen und steuerlicher Absetzbarkeit der Mitgliedsbeiträge, auch dies hat Rot-Grün versprochen, ist keine Rede mehr. Eine Besteuerung von Mitgliedsbeiträgen gemeinnütziger Vereine würde die wirtschaftliche Existenz vieler Vereine aufs Spiel setzen. Unsere Vereine mit Millionen ehrenamtlich engagierten Mitgliedern nehmen in hohem Maße gesellschaftliche Aufgaben wahr, die der Staat nicht leisten kann.

Wir fordern den Bundesminister der Finanzen auf, klipp und klar zu sagen: Die Mitgliedsbeiträge gemeinnütziger Vereine werden nicht besteuert!



Klaus Riegert

Klaus Riegert ist der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Verbrechensbekämpfung und Kampf gegen Organisierte Kriminalität müssen verstärkt werden

Seit den terroristischen Angriffen von September 2001 wurde vor allem versucht, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen.

Bei allem berechtigten und notwendigen Einsatz darf aber der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität (OK) nicht ins Hintertreffen geraten, zumal der internationale Terrorismus sich in erheblichem Maße durch Quellen aus der OK finanziert. Die Bedrohung durch die OK hat darüber hinaus nicht zu unterschätzende Schäden für die Wirt-

schafts- und Gesellschaftsordnung aller Staaten zur Folge.

Ebenso müssen die Sorgen und Ängste der Bevölkerung, Opfer eines Verbrechens zu werden, ernst genommen werden.

Medienberichte über steigende Kriminalitätsraten und wachsende Betätigungsfelder der Organisationen der OK bei Menschenhandel, Schlepper- und Schleuserwesen, Zwangsprostitution, Herstellung und Verbreitung von Falschgeld sowie dem illegalen Handel mit Waffen und Rauschgift geben Anlass zu großer Sorge.

Vor diesem Hintergrund hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, in der die neuesten Zahlen zur Kriminalitätsentwicklung sowie zur Delinquenz von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden abgefragt werden. Darüber hinaus fragen wir die Bundesregierung nach der Lösung von Problemen mit den abgeschotteten ethnischen Milieus im Hinblick auf die OK und die dort zu beobachtende Klärung von zivil- und strafrechtliche Fragen unter Ausschaltung von Polizei- und Justizbehörden.

Weitere wichtige Fragen betreffen die Ausweitung des Einsatzes verdeckter Er-



Hartmut Koschyk



Thomas Strobl



Klaus Brähmig

mittler, die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung, die Verbesserung der Gewinnabschöpfungsmöglichkeiten und die akustische Wohnraumüberwachung. Nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind diese Instrumente erforderlich, um geeignet Verbrechen und OK erfolgreich zu bekämpfen.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Thomas Strobl** ist Obmann im Innenausschuss.



Die Mehrheit bröckelt weiter

Nach der Abstimmungsniederlage von Rot-Grün im Deutschen Bundestag mussten die Koalitionsfraktionen im Tourismusausschuss des Deutschen Bundestages erneut mehrere Abstimmungsniederlagen hinnehmen.

Mit Mehrheit von CDU/CSU und FDP stimmte der

Ausschuss zwei FDP-Anträgen und einem CDU/CSU-Antrag zu. Inhaltlich ging es um die Implementierung eines wirksamen Tsunami-Frühwarnsystems für den Indischen Ozean, um die Gestaltung einer Exportinitiative für Erneuerbare Energien und um die gesetzliche Normierung von Fahrgastrechten.

Klaus Brähmig ist der tourismuspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Ernst Burgbacher** ist der tourismuspolitische Sprecher und parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.



Kassenbeiträge bleiben hoch

Die Beiträge der Krankenkassen bleiben hoch. Solange Rot-Grün die Rekordarbeitslosigkeit nicht in den Griff bekommt, müssen die Beitragszahler weiter auf Entlastungen warten.

Die Warnungen der Bundesbank vor Beitragssenkungen auf Pump werden jetzt durch den Schätzerkreis der GKV bestätigt. Wie die Experten der Kassen und das Bundesversicherungsamt ermittelt haben, steigen die Ausgaben der Kassen

2005 um fast 2%, die Einnahmen aber sind leicht rückläufig. Spielraum für Beitragssenkungen ist daher fast nicht mehr vorhanden.

Bis Ende 2007 müssen die Krankenkassen schuldenfrei sein. Schon im Jahr 2 der Gesundheitsreform sind aber neue Ausgabenrisiken und eine fortgesetzte Einnahmeschwäche nicht mehr zu leugnen. Deshalb warnt die Bundesbank zu Recht vor übereilten Beitragssenkungen, die bei schlechter Finanzlage wieder zurückgenommen werden müssen. Ein Auf und Ab bei den Kassenbeiträgen schadet der Akzeptanz der Gesundheitsreform.

Es rächt sich jetzt, dass die Bundesregierung bei den Verhandlungen zur Gesundheitsreform das wahre Ausmaß der Kassenschulden erheblich unterschätzt hat. Es rächt sich auch, dass die Bundesregierung nichts gegen den anhaltenden Abbau von Arbeitsplätzen unternimmt,



Andreas Storm



Annette Widmann-Mauz

der zu Milliardenausfällen bei den Kassenbeiträgen führt.

Andreas Storm ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Annette Widmann-Mauz** ist die gesundheitspolitische Sprecherin.

Rot-grüne Energiepolitik schadet dem Wirtschaftsstandort und dem Klimaschutz

Mit ihrer Energiepolitik gefährdet die rot-grüne Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland und droht die Klimaschutzziele des Kyoto-Protokolls zu verfehlen.

Bis 2020 müssen konventionelle Kraftwerke im Umfang von 40 000 bis 50 000 MW aus Altersgründen ersetzt werden. Hinzu kommt, dass nach den rot-grünen Ausstiegsplänen bis 2021 alle Kernkraftwerke abge-

schaltet sein müssen, so dass noch einmal eine fehlende Leistung von über 20 000 MW hinzukommt. Bis heute hat die

Bundesregierung kein schlüssiges Konzept vorgelegt, wie diese Lücke gefüllt werden soll.

Der Hinweis von Rot-Grün, Effizienzstrategien würden die Kapazitätslücke auffangen, ist bei den benötigten Größenordnungen nicht nachvollziehbar. So sind die von der Bundesregierung anvisierten Energieeinsparpotenziale kaum zu realisieren. Zwar konnten in den vergangenen Jahren im Bereich der Industrie durch Effizienzsteigerungen Energieeinsparungen erzielt werden, der Verbrauch im Bereich der privaten Haushalte und im Gewerbe ist dem gegenüber jedoch deutlich gestiegen.

Gleichzeitig sind die Ausbauziele der Bundesregierung bei den erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Windenergie, zu hinterfragen. Denn auch die dena-Studie gibt keine vollständige Antwort darauf, wie eine Netzintegration der Windenergie bis 2020 und

darüber hinaus erfolgen kann, denn sie beschreibt nur Teilaspekte und bricht im Jahr 2015 ab.

Derzeit wird deshalb, sollte diese Politik weiter verfolgt werden, die Lücke in der Stromversorgung nur durch fossile Kraftwerke ersetzt werden können. Dadurch werden die CO₂-Emissionen deutlich steigen und Deutschland droht, trotz erheblicher finanzieller Anstrengungen, das Kyoto-Ziel zu verfehlen.

Ein Umdenken in der Energiepolitik bei Rot-Grün ist deshalb dringend notwendig. Auch in Zukunft bedarf es eines breiten Energiemixes, der alle Energieträger beinhaltet. Durch eine Verlängerung der Laufzeiten bei



Peter Paziorek

der CO₂-freien Kernenergie kann diese als Brücke dienen, bis die erneuerbaren Energien technisch und wirtschaftlich in der Lage sind,

diese Lücke bei der Stromerzeugung zu füllen.

Peter Paziorek ist der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Eichel hilflos auch beim Schuldenmanagement

Dem Bundesfinanzminister entgleitet das Schuldenmanagement.

Vor einigen Tagen ist versucht worden, einen der beiden Geschäftsführer der für das Schuldenmanagement zuständigen Finanzagentur wegen offenkundiger Verfehlungen zu kündigen. Herausgekommen sind eine Beurlaubung zu Lasten des Steuerzahlers und der Ersatz durch einen treuen Genossen. Jetzt soll auch der zweite Geschäftsführer gehen. Headhunter suchen seinen Nachfolger, obwohl er fachlich allenthalben gelobt wird.

Innerhalb der letzten Jahre hat das Ministerium 4 Referatsleiter zum Schuldenmanagement verschlissen. Die Zusammenlegung von Finanzagentur und Bundeswertpapierverwaltung – für Ende dieses Jahres geplant – wird immer weiter verzögert und vor 2007 wohl kaum noch zu verwirklichen sein.

Wie anders als mit Chaos muss diese Führungs- und Organisationschwäche in der Leitung des Finanzministeriums

bezeichnet werden. Eichel schaut desinteressiert diesem Treiben zu, seine Staatssekretäre sind hilflos überfordert und die Abteilungsleiter verlieren sich in Kleinkriegen. Angesichts einer Bruttokreditaufnahme von über 215 Mrd. € und der geplanten Einführung von Fremdwährungsanleihen muss schnell, sachgerecht entschieden werden. Wertpapierverwaltung und Schuldenmanagement müssen in Ruhe arbeiten können. Jetzt rächt sich die überflüssige Neuorganisation in beiden Organisationen.

Die Unionsfraktion fordert den Bundesfinanzminister dazu auf,

- das Parlament über das Drunter und Drüber im Finanzministerium umgehend und umfassend zu unterrichten,
- ein klares Bekenntnis zu einem professionellen und von politischen Störungen verschonten Schuldenmanagements abzugeben,



Dietrich Austermann



Steffen Kampeter

- Schadensbegrenzung bei den Personalentscheidungen zu betreiben und
- eine zeitnahe Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Privatisierung der Bundeswertpapierverwaltung zu gewährleisten.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Steffen Kampeter** ist der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss.



WEB-TIPP

- „Ergebnisse des Vermittlungsausschusses (Stand: Februar)“ unter <http://www.cducusu.de/upload/va050217.pdf>
- „Positionspapier zur Verbraucherpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Stand: Februar)“ unter <http://www.cducusu.de/upload/verbraucher050216.pdf>

Endlich ist der Frühling da!

Ein idealer Zeitpunkt Anderen eine Freude zu machen – **Die Blume aus der Dose** – Da diese besondere Blume eine **lange Kulturzeit** hat, ist ein guter Wachstumsbeginn der Monat März. Im Juni/ Juli werden Sie die „Blumenfreuden“ ernten. Die Mittagsgoldblume treibt über mehrere Wochen neue Blüten. Sie ist sehr robust und somit sehr unanfällig.

Blumendose:

Blumensamen – Mittagsgold/Gazanie

Züchten Sie sich Ihre Blume selbst – direkt aus der Dose.

Alles was die Pflanze braucht, ist schon in der Dose enthalten. Sie brauchen nur noch Wasser dazugeben (Pflegeanleitung liegt bei).

Bestell-Nummer: **9118**

Preis je **3 Stück: 10,50 €**

inkl. MwSt.: 12,18 €



1. Dose öffnen

ab Ende Februar
bei 18-20 °C im Haus

2. Dose ins Freie

ab Mitte Mai
„lange Kulturzeit!“

3. Blütezeit

ab Juni/ Juli
bis September



Originalabbildung der Blumenzüchtung in der Dose!

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

UBG

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Die neue Wandzeitung

**Unser Konzept für Arbeit:
Pakt für Deutschland.**

www.pakt-fuer-deutschland.de

Besser für die Menschen.



Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.